



Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin e.V.

Presseinformation

DGSPJ fordert von neuer Regierung bessere Teilhabe für Kinder mit Handicaps

Berlin, 29.10.2021. *Einer angemessenen Teilhabe für Kinder und Jugendlichen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen standen bislang das starre Denken in Sektoren und Sozialversicherungssysteme mit ständig wechselnden Zuständigkeiten entgegen. Die Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin (DGSPJ) begrüßt daher die klare Haltung, auf die sich SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Sondierungspapier verständigt haben: „Wir konzentrieren uns auf die Kinder, die am meisten Unterstützung brauchen.“ Und weiter heißt es: „Gleichzeitig wollen wir (...) Teilhabe stärken. Bund, Länder und Kommunen sollen gemeinsam darauf hinwirken, dass jedes Kind die gleiche Chance auf Entwicklung und Verwirklichung hat“.*

In einem Schreiben an alle Abgeordneten der künftigen Regierungsfractionen mit dem Fokus auf das Thema Gesundheit plädiert die DGSPJ nun dafür, diese Vorlage aus dem Sondierungspapier zu präzisieren. Dies sei vor allem deshalb notwendig, weil insbesondere das zähe Ringen um unklare und strittige Finanzierungen von Leistungen, das für viele krankheitsbedingt ohnehin bereits stark belastete Familien zermürend sei, beendet werden müsse. Und zwar

- im Hinblick auf die Ungleichbehandlung von Kindern und Jugendlichen mit körperlich und geistigen Einschränkungen gegenüber solchen mit seelischen Erkrankungen (§43a SGB V),
- bei dem Einsatz von Gesundheitsfachkräften in Bildungseinrichtungen,
- bei dem Einsatz von pädagogischen und psychologischen Fachkräften im Gesundheitswesen,
- bei den präventiven Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern, wenn die Kinder (noch) keine psychiatrische Diagnose haben.

Für die Aufnahme in den Koalitionsvertrag schlägt die DGSPJ folgende Formulierung vor: „Für ein gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in unserem Land müssen alle Sektoren gemeinsam sorgen - insbesondere zählen dazu Gesundheit, Soziales und Bildung, aber auch Umwelt, Verkehr und Städtebau. Wir möchten den Zusammenschluss aller Akteure zu einer Verantwortungsgemeinschaft fördern und trennende Schnittstellen in der Finanzierung und Organisation der Leistungen für Kinder und Jugendliche mit und ohne Handicaps überwinden, um damit mehr Teilhabe zu ermöglichen.“

Diese würde den Kindern mit Handicaps, deren vollständige Teilhabe in die Gesellschaft noch aussteht, neue Optionen eröffnen, begründet die DGSPJ ihre Forderung.

Kontakt:

Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin (DGSPJ) e.V.

Chausseestr. 128/129, 10115 Berlin

www.dgspj.de, geschaeftsstelle@dgspj.de, Tel. 030.4000 5886